

Eisenbahner!

Arbeiter, Angestellte, Beamte!

Mit beispielloser Brutalität führt das Reichsverkehrsministerium die Eisenbahner vollkommen der Verflawung und Verelendung entgegen. In Auswirkung der von den Sozialdemokraten zugestimmten Ermächtigungsgesetze wurde

ein Drittel aller Eisenbahnbeamten und Arbeiter auf die Straße gemorfen!

Die übrigen wurden zu 9- bis 16stündigen Dienstleistungen gezwungen bei Zahlung von Hungerlöhnen und Gehältern. Die Kaufkraft der Löhne beträgt nur noch 40 bis höchstens 60 Prozent der Vorkriegslöhne. Die Gruppen der niedrigen und mittleren Lohn- und Gehaltsempfänger befinden sich in einer unbeschreiblich schrecklichen Notlage. In Thüringen und anderen Teilen des Reiches rebellieren die am schlecht bezahltesten und ausgebeutetesten Arbeitergruppen der Eisenbahner gegen die Einführung der 10-Stundenarbeit bei nur 8stündiger Bezahlung. Im gesamten Reich, in Süd- und Westdeutschland, in Hamburg und Königsberg haben sich weitere Gruppen der Eisenbahner den kämpfenden angeschlossen. In einer großen Zahl von Dienststellen

haben die Arbeiter nach 8 Stunden die Betriebe verlassen!

Das RMV kennt aber nur despotische Gewaltmaßnahmen gegen die Eisenbahner. Wo Arbeiter versuchten, ihre unerträgliche Lage auch nur ein wenig zu verbessern, hat das RMV die ganzen Belegschaften ausgeperrt.

Tausende unserer Kollegen auf die Straße geworfen, um sie dem Hungertode preiszugeben.

Diesem Angriff des Reichsverkehrsministeriums, das vermehrt Elend, noch größere Not und Hunger im Gefolge haben muß, müssen die gesamten Eisenbahner die geschlossene Abwehrfront aller Arbeiter, Angestellten und Beamten entgegenstellen.

Wie im Februar 1922 die Eisenbahner geschlossen den Kampf geführt haben, so müssen sie auch jetzt in ihrem eigenen Interesse die Forderungen der kämpfenden Arbeiter zu den ihrigen machen. Schulter an Schulter müssen Arbeiter, Angestellte und Beamte die Anschläge des RMV vernichten. Im jetzigen Augenblick ist das Geschwätz der Regierung und der Spitzenorganisationen über „Mäßigkeiten auf die Allgemeinheit“, „auf die Stabilisierung der Rentenmarkt“ und „auf den Bestand der Republik“ nur ein Verwirrungsmittel. Es gibt keine allgemeinen Interessen, es gibt nur die Interessen der Eisenbahner, die Interessen der gesamten Arbeiterschaft zu vertreten. Die

Stabilisierung der Rentenmarkt ist erfolgt auf dem Rücken der Arbeiterklasse. Schamlos haben die Besthenden sich an dieser Stabilisierung bereichert. Die „Republik“ ist die Staatsform der Ausbeuterklasse, der Kapitalkonzerne und Trusts.

Eisenbahner! Kollegen! Auch ihr habt ein Recht auf ein menschenwürdiges Dasein. Rücksichtslos muß auf breiter Basis der Kampf im gesamten Reich gegen die Vasallen von Sinnes geführt werden.

Gewalt gegen Gewalt!

Keine Minute länger als 8 Stunden!

Nach 8 Stunden verläßt geschlossen die Betriebe! Laßt euch durch keine Verhandlungen, durch keine sogenannten Schlichter und nicht durch die demagogischen, reformistischen Gewerkschaftsinstanzen von eurem Wege abbringen. Laßt nicht zu, daß sie euren Kampf wie bisher immer abwürgen. Schafft euch eure eigenen Kampforgane in euren Betriebs- und Beamtenträten. Stellt euch geschlossen hinter sie. Erzwingt im Kampfe ihre Anerkennung. Kein Jota darf aufgegeben werden von dem Reichstakt von 1920. Die Dienstbauervorschriften müssen bestritten werden. Ab 1. April muß eine Zulage auf sämtliche Löhne und Gehälter der Arbeiter, der unteren und mittleren Beamten von mindestens 50 Prozent erzwungen werden.

Dasselbe Verkehrsministerium, das rücksichtslos Tausende und Abertausende von Arbeitern und Beamten auf die Straße warf, das selbe Verkehrsministerium hat jetzt die Freiheit den entlassenen Arbeitern und den auf Wartegeld gesetzten Beamten Briefe in die Wohnungen zu senden, um sie zum Streikbruch, zum Verrat an ihren Klassen Genossen aufzufordern. Die Eisenbahndirektion Württemberg droht gar bei Weigerung mit Entziehung des Wartegeldes.

Das ist der Dank für jahrzehntelange Dienste, geleistet den Interessen des kapitalistischen Staates.

Abgebaute Eisenbahner! Nicht durch Streikbruch könnte ihr eure soziale Lage verbessern. Jeder Verrat an euren Arbeitskollegen wird in der Konsequenz auch eure Lage nur verschlechtern. Nur durch die Führung des gemeinsamen Kampfes mit den jetzt im Kampfe befindlichen Berufscollegen können alle gemeinsam ihre Zukunft sichern. Ihr Schicksal wenden.

Darum:

Heraus zum gemeinsamem Kampf!

Es lebe die Solidarität aller Eisenbahner!

Die vereinigte Opposition in den deutschen Eisenbahnerverbänden.

Erklärung des Betriebsrats der Reichsbahndirektion Berlin.

In seiner Vollversammlung am 5. April hat der Betriebsrat der Reichsbahndirektion Berlin zu der äußerst engherzigen Stellung genommen und einstimmig nachstehende Erklärung abgegeben. Der Betriebsrat besteht aus sieben Mitgliedern des Freien Eisenbahnerverbandes, 5 Mitgliedern des Deutschen Eisenbahnerverbandes, 1 Mitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes und zwei Mitgliedern des örtlichen AEB. Der Erklärung entnehmen wir:

Nicht mit Maschinengewalten beseitigt man die Erzeugung sondern durch die praktische Beseitigung der Hungerlöhne, der Härten in der Arbeitszeitfrage und der sozialen Verhältnisse. Wir wissen, daß die Eisenbahner Verbands, wenn die berechtigten Forderungen der sich im Kampfe befindlichen Eisenbahner im Reich nicht bewilligt werden, auch eine praktische Solidarität mit ihren im Kampf stehenden Kollegen üben werden.

Da der Betriebsrat in seiner Eigenschaft als solcher die Gefahr des bevorstehenden allgemeinen Eisenbahnerstreiks sieht, muß derselbe jede weitere Verantwortung für die Aufrechterhaltung des Betriebes und des Verkehrs ablehnen, wenn die Verwaltung und das Reichsverkehrsministerium weiterhin auf diesem Standpunkt verharren.

Nicht aus pater Lust zum Streiken erregten die Eisenbahner dieses letzte gewerkschaftliche Mittel der Arbeitsverweigerung, sondern getrieben von ihrer Not und Verzweiflung, hervorgerufen durch das arbeiterfeindliche Verhalten des Reichsverkehrsministeriums.

Solidarität der Eisenbahnbeamten.

(Eigener Drahtbericht)

Hamburg, 8. April. Die Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und Angestellter Hamburg, Altona hat folgenden Aufruf erlassen:

In Erkenntnis dessen, daß der jetzt geführte Kampf der Eisenbahnarbeiter nicht nur in deren Interesse, sondern auch im Interesse der Eisenbahnbeamten geführt wird, werden die Mitglieder der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und Angestellter, Bezirksverband Altona, den kämpfenden weiterhin ihre volle Sympathie aus und sind bereit, die Kampfenden auch finanziell in jeder Art zu unterstützen, um den Kampf zu einem fruchtigen Ende zu führen.

Die Führer verraten.

(Eigener Drahtbericht)

Berlin, 8. April. Die gewerkschaftliche Sitzung des Betriebs des Deutschen Eisenbahnerverbandes vom 7. 4. 24 lebte im Geiste des Reichsverkehrsministeriums ab. Eine Ausdehnung der ausgedehnten Lokalkonflikte kann nur verhindert werden unter folgenden Voraussetzungen:

Der Lohn ist ab 30. März mit 6 Proz. für alle Lohngruppen und Wirtschaftsklassen zu erhöhen. Der Achtstundentag ist grundsätzlich für das gesamte Eisenbahnerpersonal zu gewährleisten. Der Betriebsrat und der Vorstand haben bereit zur Herbeiführung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Notlage, der Reichsbahn unter vorübergehender Abweisung von der vollständigen Arbeitszeit einer Verlängerung von 9 Stunden nicht zugestimmt. Mehrarbeit ist mit

einem Aufschlag zu bezahlen. Die ausländischen Eisenbahner sind ausnahmslos wieder einzustellen. Alle weiteren unerwünschten Fragen und Streitpunkte sind Gegenstand der Verhandlungen zwischen Reichsverkehrsministerium und den Tarifkonferenzen. Die Christliche Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner nahm eine ähnliche „rabuläre“ Entschädigung an.

Was kostet die Zeno im Eisenbahnerstreik?

(PWS.) Stuttgart, 5. April. Die für die deutsche Nothilfe angeordneten und an Stelle der streikenden Eisenbahnarbeiter eingesetzten Werkstudenten erhalten jeder einen neuen Arbeitsanzug, ein Paar Stiefel und einen Zogelohn von 10 Mk. — Das hieße Bezüge hinan ein Vielfaches des Lohnes darstellen, den die Eisenbahnarbeiter vor dem Streik erhielten, dürfte der Verwaltung der Reichsbahn bei dem Drange der Geschäftseitzungen sein.

Der Seelenteufel dauert an.

(Eigener Drahtbericht)

Hamburg, 8. April. Der Seelenteufel geht unverändert fort. Der Schiedspruch ist vom Deutschen Schiffsahrtsbund abgelehnt worden. Der Deutsche Verkehrsband hat bis jetzt ebenfalls den Schiedspruch nicht bindend angenommen.

Arbeiter, kein Hammer Schlag am 1. Mai! Der AEB gibt den 1. Mai preis.

Die von den Verrätern im AEB nach zehnjähriger Arbeiterschaft mit der Bourgeoisie, nach dem Übergang zum Faschismus, nach Preisgabe des Achtstundentages nicht anders zu erwarten war, erklärt der Bundesvorstand zum 1. Mai für den Achtstundentag, den sie verraten haben und weiter verraten, und für Wiederherstellung der sozialen Gesetzgebung, die sie in den Parlamenten gescheitert haben zu verhandeln, zu — demonstrieren. Die Arbeiter, das heiligste, älteste Recht der Arbeiterschaft, am 1. Mai, erkaufen in tausenden blutigen Schlägen, wird in einer einseitigen — andererseits — Phrasen begraben.

Es heißt in dem Aufruf:

Wir fordern euch auf, an diesem Tag überall dort,

wo es ohne erste Schädigung der Arbeiterschaft möglich ist,

die Arbeit ruhen zu lassen.

„Ohne erste Schädigung der Arbeiterschaft“, was soll das bedeuten? Die Arbeiterschaft wird nur dort ernstlich geschädigt, wo sie sich willenlos dem Unternehmertum hingelegt, wo sie den 1. Mai preisgibt und so dem Unternehmertum das Bild einer Schwäche und Mutilität einflößt. Die Arbeiterschaft wird ernstlich geschädigt, wenn sie dieses Unternehmertum im AEB seinen Fußtritt verleiht und den 1. Mai liebt, wie es anderer revolutionärer Tradition würdig ist.

Durch vollkommenen Arbeitsdruck!

36 Jahre Justizhaus für acht Kommunisten.

Die Strafkammer Göttingen bemerkt wegen angeblicher Verbrechen gegen das Christentum... acht Kommunisten zu insgesamt 36 Jahren Justizhaus. Die höchste Strafe bei

Faschisten Sieg in Italien.

Nach den bis heute mittag aus 51 Provinzen vorliegenden Wahlergebnissen sind 64 Prozent der Stimmen für die Regierung abgegeben worden. Sie erhielt 1.439.252 Stimmen. Von den Minderheitsparteien erhielt die Katholische Volkspartei 242.973 Stimmen, die Vereinigten Sozialisten 158.642, die marxistischen Sozialisten 150.055, die Kommunisten 87.381, die Republikaner 39.610 Stimmen. Die Wahlbeteiligung betrug 62 Prozent und überstieg damit die Beteiligung bei allen früheren Wahlen.

Von etwa 12 Millionen Wählern haben nur 7 Millionen ihre Stimme abgegeben. Alle Parteien haben an der Abstimmung teilgenommen. Die Faschisten haben den erwarteten Sieg davongetragen. Ihre Kandidaten, etwa 226 an der Zahl, können als gewählt gelten.

Nach den vorliegenden Wahlergebnissen werden die Faschisten als Sieger in die italienische Kammer einzuziehen. Um aber diesen „Sieg“ zu verstehen, müssen wir bedenken, daß nach dem faschistischen Wahlergebnis diejenige Partei, die von den gesamten Stimmen im Lande ein Viertel erhält, damit ohne weiteres zwei Drittel aller Sitze im Parlament erhält, das heißt, daß die Faschisten, wenn sie nur ein Viertel der Stimmen erhalten, 356 Mandate bekommen und die übrigen Parteien im Verhältnis zu ihrer Stärke sich in die letzten 179 Sitze teilen müssen. Ganz Italien wählt als einziger Wahlkreis mit der Nationalliste. Immerhin hat Mussolini 64 Prozent der Stimmen erhalten. Er hat auf seine Liste 100 bekannte Männer gestellt, die nicht den Faschisten angehören, um sie jugendlicher zu gestalten. Die Wahl selbst wurde unter derartiger Terror der Faschisten vollzogen, daß die Höhe der kommunistischen Stimmengahl erstaunlich ist. Wenn wir nicht mehr Stimmen erhalten haben, so trägt die Schuld einzig und allein die schwächliche und verräterische Politik der italienischen Sozialdemokraten, von denen ein Flügel offen in das Lager Mussolinis abgewandert ist.

Eine Arbeiterregierung, wie sie nicht sein soll.

Gegenüber der blutdürstigen Bolschewistenregierung die bekanntlich rein kapitalistisch ist und einen grausameren Terror gegen die Sozialisten anwendet als selbst der Zar, preist die „Bolschewist“ in jeder ihrer Nummern mit Begeisterung und Neid die englische Arbeiterregierung. Wir wollen daher nur ein paar kleine Sätze dieser Regierung aus der letzten Zeit wiedergeben:

Die englische Arbeiterregierung lehnt die Abschaffung der Todesstrafe für militärische Vergehen ab.

Die englische Arbeiterregierung verlangt, daß die Soldaten den Behörden gegen Streikende helfen. Ein Aufruf, der die Soldaten von dieser Pflicht befreien soll, wird abgelehnt.

Die englische Arbeiterregierung beruhigt die Kapitalisten: sie plane keine Kapitalabgabe, weil sie noch nicht die Mehrheit des Landes hinter sich habe.

Die englische Arbeiterregierung räumt nach anfänglichem Widerstand einem Gesetz zu, nach dem Arbeitslose aus ihren Wohnungen herausgeworfen werden können.

Die englische Arbeiterregierung verweigert die Luftstreitkräfte. Die Flotte baut den Kriegsschiffen Einwohnern aus, aber alles nur, um die Arbeitslosigkeit zu verringern, was ihr nach den Angaben der „Bolschewist“ glänzend gelang.

Der Aufruf in die AEB.

223 822 Neuanmeldungen.

Die „Branda“ vom 25. März veröffentlicht eine Zusammenfassung des Zentralrates der russischen kommunistischen Partei über den Fortgang der Neuanmeldungen in die Partei. Danach sind bisher eingereicht worden 223 822 Neuanmeldungen, wovon 75 466 bereits bestätigt sind. An erster Stelle marschieren die Moskauer Organisation mit 37 686 Neuanmeldungen (bestätigt 14 797). Ihr folgt Leningrad mit 38 897 (bestätigt 14 880). Das Donbass mit 19 000, Ural 9198 (bestätigt 4968) usw. Bei den Neuanmeldungen handelt es sich ausschließlich um Arbeiter, die im Produktionsprozess stehen.

Einheit der Gewerkschaftsbewegung und Klassenkampf.

Wir entnehmen diesen Artikel der Nr. 3/4 des kommunistischen Gewerkschafters. Er gibt die Stellung der Gewerkschaftszentrale der RWG wieder. Wir werden weitere Artikel über die Gewerkschaftsfrage veröffentlichen, um durch Diskussion zu einer Klärung dieser überaus wichtigen Frage zu gelangen. Die RWG.

Im Ruhrkrieg hat die deutsche Bourgeoisie ihre zweite zerschmetternde Niederlage erlitten. Auf dem Schlachtfeld sind die Trümmer der von den Verbündeten der deutschen Bourgeoisie, den sozialdemokratischen Gewerkschaftsverbänden, geleiteten Gewerkschaften liegen geblieben. Die deutsche Arbeiterklasse ist durch sie wehrlos dem deutschen Kapital ausgeliefert, das, nachdem es im Kriege gegen das französische Schwertkapital „heldenhafte“ Unterlegen war, gegen die deutsche Arbeiterklasse einen schicksallosen Raubzug mit verzehnfachter Schlagkraft eingeleitet hat. Noch nie dagewesene Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, Hungerelend der in Beschäftigung Stehenden, Verrätereien der reformistischen Gewerkschaftsbureaus, die bei jedem Kampf der Massen, um höhere Löhne und um den Achtstundentag sofort gegen die „kommunistische Vutschaktion“ mobilisiert und die Kämpfe durch Abschlüsse mit den Kapitalisten abwürgt — das alles bringt in die Arbeiterklasse die größte Verwirrung, Zerfurchung — Spaltung. Die deutsche Arbeiterklasse hat nicht mehr ihre Kampforgane in den Gewerkschaften, sie steht der Offensive des Kapitals gespalten gegenüber — gespalten durch die verbrecherische Politik der Amsterdamer, durch die Auswirkungen dieser Politik.

Aber weder dieses kriegsartige Schauspiel, noch die drohende Schmach ihrer Verrätereien können die sozialdemokratischen schriftstellerischen Handlanger aus dem „Vorwärts“ und freisinnigen Organen, noch die „verantwortlichen“ Gewerkschaftsführer davon abhalten, rund um den Trümmerhaufen der von ihnen „geleiteten“ Gewerkschaften ihren täglichen Indianertanz auszuführen. „Die Kommunisten spalten“, „auf Befehl Mostaus“, „im Interesse der imperialistischen Völkchen Mostaus“, „für Geld Mostaus“ — diese Schwindelparolen werden täglich ausgegeben, um in den Reihen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterklasse die Verwirrung zu steigern, die eigene verräterische Politik zu verhüllen, die Schuld der Spaltung von sich auf die Revolutionäre abzuwälzen. Die „vernünftigen“ rechten Kommunistenführer seien abgelöst, die Anten, die nur auf die Zerstörung der Gewerkschaften hinausgehen, seien in der Partei an die Macht gelangt und bräuen ihre „teufelischen“ Pläne zur Verwirklichung — so wird noch hinzugefügt, um die treuen und blinden Anhänger besser zu „instruieren“.

Wir haben nicht die Absicht, uns mit dieser Meute in Diskussion einzulassen. Den Verrätern der Arbeiterklasse gegenüber haben wir nur eine Pflicht: sie durch die Aufklärung der Arbeitermassen womöglich schnell unmöglich zu machen in der Arbeiterklasse und außerhalb der Arbeiterorganisationen zu stellen. Aber eben deshalb müssen wir den Arbeitermassen ein weiteres Mal und mit größtem Nachdruck sagen, was mit dem Indianergeheul der Amsterdamer von der Spaltung in Wirklichkeit los ist.

Wir wiederholen mit größtem Nachdruck und mit vollem Bewußtsein der Bedeutung dieser Stunde:

Wir wollen keine Spaltung der Gewerkschaften — wir betrachten sie als eine schicksalsschwere Gefahr für die deutsche Arbeiterklasse.

Die Januar-Lagung der Exekutive hat in ihrer Resolution zur Gewerkschaftsfrage erklärt:

„Die kommunistische Partei Deutschlands, die sich die Befreiung der proletarischen Massen vom Einfluß des Reformismus zur unmittelbaren Aufgabe stellt, kämpft wie bisher mit aller Entschlossenheit gegen die Lösung des Austritts aus den Gewerkschaften“

Die Kommunisten sind wie bisher gegen die Spaltung und führen den Kampf gegen die Spaltungspolitik der Sozialdemokraten auch dann, wenn sie von letzteren aus den Gewerkschaften ausgeschlossen werden. In der Periode der Kapitals-Offensive und des Anwachsens der Reaktion ist die Wahrung der Einheit der Gewerkschaftsbewegung besonders wichtig.“

Dieser Standpunkt der höchsten Instanz unserer internationalen Partei ist der aller deutschen Kommunisten auf verantwortlicher Stelle — ganz ohne Unterschied, ob „links“, „rechts“ oder „Mitte“ — und trotz aller verwirrenden Momente, die manchmal aus der heißen Parteidebatte in der schwer umstrittenen Frage unserer Taktik gegenüber der Spaltungsoffensive der Amsterdamer herauszubilden scheinen. Der einzige Sinn der Debatte, die in unseren Reihen geführt wird — wir sehen noch einmal von wenigen unverantwortlichen Elementen ab — ist der:

wie vereinbaren wir die Wahrung der Einheit der Gewerkschaftsbewegung mit der Zusammenfassung aller Kräfte zum Klassenkampf gegen die Offensive des Kapitals, wie erkämpfen wir insbesondere die zu diesem Zweck absolut unentbehrliche Arbeiterdemokratie — d. h. das Selbstbestimmungsrecht der Arbeitermassen — in den den Massen angehörenden Organisationen?

Dem eins muß immer wieder mit größter Kraft proklamiert werden:

Auf Klassenkampf verzichten wir nicht — selbst um den Preis der Einheit der Gewerkschaftsbewegung!

Die Entscheidung der schicksalsschweren Frage der Gegenwart — ob die Einheit der „freigewerkschaftlichen“ Organisationen gerettet werden kann — hängt nicht von uns ab. Denn zum Kampf gehören zwei Parteien. Wenn die Amsterdamer den Kampf wollen, wenn sie entschlossen sind, die „Säuberung“ der freien Gewerkschaften von allen nichtsozialdemokratischen — sozialdemokratisch heißt gegenwärtig den „wirtschaftlichen Frieden“ wollenden — Elementen bis zum Ende zu führen, wenn sie dabei beharren, die „freien“ Gewerkschaften in Hilfsorgan des ständischen Wiederaufbaues eines kapitalistischen Deutschlands zu verwandeln, so werden wir kaum instande sein,

Heraus mit Max Hölz!

In den schlesischen Strafanstalten sitzen seit Wochen und Monaten unsere Genossen

- Max Hölz,
- Alfred Delsner,
- Richard Woudan,
- Piech,
- Wiebring,
- Senke,
- Eilbermann,
- Max Gingsch,
- Paul Czoch,
- vier weitere Gleiwitzer Genossen.

Die meisten von ihnen sitzen, ohne daß eine Auflage erhoben wird. Denn das einzige belastende Material ist — die Zugehörigkeit zur KPD. Andere sitzen, wegen lächerlicher „Vergehen“ eingesperrt. Im Falle des Genossen Max Hölz ist der Rechtsirrtum augenscheinlich. Trotzdem kommt es zu keiner Revision.

Neuerdings hat die Breslauer Justiz sich einen ganz unglaublichen Rohheitsakt geleistet. Unser russischer Genosse Josef Korczak, der schon vor Monatsfrist eingesperrt worden ist, und aus Mangel an belastendem Material freigelassen werden mußte, wurde vor einigen Wochen von den Häshern der Polizei wieder gefaßt und eingesperrt. Obwohl Korczak einer der ruhigsten und verträglichsten Menschen ist, wurde er als „lästiger Ausländer“ unglaublich skandalisiert und gequält. Die Herren Demokraten und Sozialisten Breslaus schweigen natürlich zu dieser Gefängnischmach. Um so lauter müssen die Arbeiter reden. In allen Versammlungen, in allen Betrieben, in allen Arbeiterhäusern muß der Ruf erschallen:

**Heraus mit den politischen Gefangenen!
Heraus mit Max Hölz!**

die Spaltung abzuwehren — es sei denn, daß eine sehr große Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder sich gegen dieses Vorgehen in letzter Stunde aufschren wird.

Um diese Auflehnung der möglichst großen Massen der Gewerkschaftsmitglieder gegen die Stimmes-Rechte zu beschleunigen — denn sie muß kommen, wenn auch die Reformisten die Gewerkschaften zu wiederholten Malen von den kommunistischen „Spaltwölfen“ säubern wollten! — um diese Auflehnung zu fördern, müssen wir gegenwärtig in unserer Taktik die Qualität offenbaren, die nach der Feststellung Lenins im Jahre 1920 — sie trifft noch heute zu! — den meisten kommunistischen Parteien Westeuropas, auch der unsrigen, noch fehlt: wir müssen die größte Diebsamkeit offenbaren. Wir müssen laviieren und manövrieren; wir dürfen nie vor dem Kampf zurückschrecken, aber wir müssen ihn so führen, daß wir immer die Ziele im Auge behalten, die unsere taktische Linie in der Gewerkschaftsfrage prinzipiell bestimmen: Einheit der Gewerkschaftsbewegung — Klassenkampf — bei den Massen bleiben.

Wenn sich alle Parteigenossen der Bedeutung jenes unvorstichtigen Schrittes bewußt bleiben, wenn sie unsere Ziele genau warm beherzigen, wird es der Partei gelingen, eine der schwersten Proben in ihrer Geschichte glücklich zu bestehen — die Scilla der Spaltung und die Charubdis des Verzichtes auf Abwehrkampf gegen die Kapitaloffensive zu umsegeln und ihr Schiff ins freie Meer eines neuen revolutionären Aufschwunges zu bringen.

Ganz Weklar vor Gericht.

Im Oktober vorigen Jahres brach in Weklar in den Subersischen Eisenwerken der alte Haß der Unterdrückten gegen die Gewalttäter in Streiks, Demonstrationen und Plünderungen aus. Jetzt kommt das Nachspiel: Ein Miesenprozeß,

nahezu der ganze Großbetrieb auf der Anklagebank!

Seit Oktober sitzen Hunderte von Arbeitern in Untersuchungshaft, tausende von Vernehmungen haben stattgefunden. Jetzt endlich ist für die Oberorgane die Anklageschrift fertiggestellt. Hundertervierunddreißig Angeklagte, hundertdreißigundzwanzig Zeugen! Ganz Weklar vor den Schranken! Die einen, die schwarzen Eisenarbeiter auf der einen Seite, auf der anderen alle Weklar „honetten“ Leute.

Alle Angeklagten sollen „an einer Zusammenrottung teilgenommen haben, die Gewalttätigkeiten gegen Personen und Sachen beging“.

Näheres über das Verbrechen ist in der Anklageschrift nicht enthalten.

Schon die Angaben beweisen, daß wir es mit einem reinen Raubakt der Bourgeoisie zu tun haben. Der Prozeß wird besser als alle kommunistischen „Gegereien“ helfen, das schwarze Weklar zum Klassenkampf zu wecken.

Das Urteil im Rattowitzer Kommunistenprozeß.

131 1/2 Jahre Zerkung beantragt.

Der große Rattowitzer Kommunistenprozeß, in dem 52 Angeklagte und über 100 Zeugen aufgebieten waren, hat mit einer großen Blamage der polnischen Justiz und einem Klassenurteil gegen die Kommunisten geendet. Die Angeklagten waren beschuldigt, vom Januar 1921 bis Oktober 1923 der kommunistischen Partei angehört zu haben. So wie wir es im Deutschland Sechzig-Jahre vier Monate lang hatten, ist in Polen die bloße Zugehörigkeit zur kommunistischen Partei strafbar. Es ist selbstverständlich, daß unter diesen Umständen es nicht wäre, unsere besten Funktionäre der Klassenjustiz geradezu in den Rachen zu werfen. Nur sozialdemokratische Provokateure, die selber zu feige und verräterisch sind, um jemals an einem Proletariatsaufstand aktiv teilzunehmen, können ein solches Ansehen an die kommunistischen Angeklagten stellen. Trotsch hat der Hauptangeklagte, unser Genosse August Branda, noch wie ein Räuber vor Gericht gestanden. Er erklärte stolz, unsere Partei habe ihre Existenzberechtigung und könne nicht verboten werden. Sie sei bei den Wahlen zum Sejm (so heißt das polnische Parlament) mit eigener Liste für Polnisch-Oberschlesien aufgetreten. Der Streik im Oktober vorigen Jahres sollte zur Befreiung des harten Volkes der polnischen Arbeiterschaft führen. Aber die Polizei und das stark betaffnete Militär ging sofort brutal gegen die Arbeiterschaft vor, ohne ihre Forderungen zu hören, so daß es Tote und Verwundete gab. Der Streik im Oktober vorigen Jahres war nicht von der kommunistischen Partei sondern der 21er-Kommunisten, die aus Vertretern aller Parteien bestand, proklamiert worden.

Ehrlich waren die Aussagen der übrigen Angeklagten. Sie nahmen kein Blatt vor den Mund, um zu zeigen, daß die polnische Reaktion noch schlummer würde als die Reaktion in Deutschland. Daß sie immerhin anfangs Hoffnung auf Polen gesetzt hatten, wer nimmt das Wunder? Die „Volkswacht“ benimmt sich wie ein vollkommenes Nationalistenblatt, indem es aus dieser anfänglichen Polenfreundlichkeit der angeklagten Kommunisten folgert, die deutsche Regierung sei im Recht gewesen, als sie in Strömen von Blut durch Scherhaufengefähr und andere Banditen den polnischen Aufstand niederschlug. Sie berührt, daß durch die jahrelange Unterdrückungspolitik, wie sie das wilhelminische und später das ebertinsche Deutschland gegen Polen anwandte, ein ungeheurer Haß in der Bevölkerung entstanden ist, der nicht durch Blut und Eisen beseitigt wird, sondern durch soziales Entgegenkommen gegenüber der erbitterten Bevölkerung. Wir empfehlen der „Volkswacht“, die Broschüre ihres Parteigenossen Wendel über Polen, die er schrieb, als er und seine Partei noch revolutionär waren. Das gilt heute mehr als je, wo wiederum eine neue Heße gegen Polen einsetzt.

Die polnische Presse enthielt eine solche Rivale der Korruption und des Spießwesens, daß jedem anständigen Menschen, der es vernahm, ganz übel wurde. Das Gericht mußte selbst zugeben, daß die Aussagen der Belastungszeugen einander widersprachen und daher nicht beweiskräftig seien. Es wurde daher der größte Teil der Angeklagten freigesprochen. 7 Angeklagte wurden verurteilt, sie von der Redakteur Branda und der Arbeiter Malenda zu

in einem Jahre Zerkung. Mit diesem Urteil beweist die polnische Bourgeoisie, daß sie nicht besser ist als die deutsche. Sie wird trotz allen weichen Terroris nicht instande sein, die kommunistische Partei zu vernichten. Die KPD lebt und wird weiter kämpfen.

Es regnet Aufrühr-Prozesse.

In allen Gegenden des Reichs kommen die Proleten unter die Räder der beschleunigten Sammlerischen Justiz.

In Remscheid standen dieser Tage 26 Arbeiter vor Gericht. Sie haben im Dezember als Arbeitslose Brot aus den Bäckereien geholt, weil ihnen gelagt worden war, daß die Stadt es ihnen unentgeltlich abgäbe. Nachträglich ist das nun Aufrühr, 23 Angeklagte wurden freigesprochen. Einer erhielt ein Jahr Gefängnis wegen „Behinderung des Warenverkehrs“.

In Gifhorn werden die Aufrühr-Prozesse chronisch. Am 20. und 21. März sind dort von neuem von 32 wegen Aufrührs Angeklagten 10 zu 68 Monaten Gefängnis verurteilt worden.

In Stoß-Bütow sind 50 Angeklagte vor den Richtertisch gezogen worden. Auch sie haben sich nur Brot erzwoungen, als sie zur Zeit der Geldentwertung am Verhungern waren.

Die pommerischen Richter aber verhängen unerhört hohe Strafen. Nur ein Urteil von 4 Monaten Gefängnis wurde ausgesprochen, die übrigen Urteile erstellten 1 und 14 Jahre Gefängnis ohne Bewährungsfrist.

In Wiesbaden scheint die böllische Konjunktur ausgenutzt zu werden. Dort hat man Anfang Februar zwei Arbeiter wegen Zerstörung der Kaiserbilder während der Rathenaudemonstration im Jahre 1922 als Landfriedensbrecher zu 7 bzw. 4 Monaten Gefängnis verdonnert.

Urteil im Insterburger Mordprozeß.

Die Insterburger Strafkammer hat am 27. März ein unerhört scharfes Bluturteil über 20 angeklagte Arbeiter verhängt, die am 16. Januar bei einem böllischen Oubsbesther Waffen suchten. Bei der nächtlichen Schießerei ist damals einer der Oubsbesther erschossen worden. Von „Mord“ oder „Totschlag“ mußte selbst das reaktionäre Gericht absehen. Dafür aber verhängte diese Rachejustiz Urteile von 10 und 5 Jahren Zerkung wegen „schweren Raubes“.

Achtung, Proletarierinnen!

Das Wiedererscheinen unserer Frauenbeilage steht bevor. Wir bitten uns in der Ausgestaltung dieser Beilage durch Einwendung von Beiträgen zu unterstützen.

Die Redaktion.

Hoch die KPD!



Hoch die KPD!

Aus der Provinz.

Oppelner „Neuigkeiten“.

Wir haben einen ... ja! Unsere bürgerlichen Stadtpäter, in ihrer Mehrzahl vom Zentrumgeist erleuchtet, haben diesen aufgestellt. Und nach dem Biberort Liebe deinen Nächsten wie dich selbst, haben sie alle Vassen der Stadt auf ihre Nächsten, die weniger haben als sie selbst, voller „Liebe“ abgeduldet. Man will doch den Armen helfen! Aber warum nicht? Man legt einfach einen Zuschlag auf die Gasbesitzer, und der Prolet, der das „Glück“ hat, Arbeit zu haben, oder auch der Arbeitslose, haben nun das Vergnügen, für die Wohlfahrtspflege beizusteuern. Ähnlich wie die Kasse, die sich in den eigenen Schwanz beißt. Das nennt sich dann „Wohlfahrtspflege“.

Will man öffentliche Wahlversammlungen machen, in denen man dem lieben Nächsten, insbesondere dem dreimal verfluchten Bolschewisten etwas auszuweisen kann, dann nennt man so etwas öffentliche Kundgebung. Besonders firm in der Fabrikation dieser „öffentlichen Kundgebungen“ ist hier wiederum das Zentrum. Großes Geschrei gibt es aber nachher in dem Lokalblättchen, wenn diese „Bolschewisten“, daß sie die das Wort zur Erwiderung nicht erhielten, die Internationale schön und imponant anstimmten und dadurch für einen vorzeitigen Schluß dieser „öffentlichen Kundgebung“ sorgen.

Eine besondere Neuigkeit für unsere Genossen! Wie man uns seitens des Magistrats mitteilt, werden alle Bürger — unferes lieben Oppelns gleichmäßig behandelt. Hat man den Autoschieber aus D.-S. bei ihrem letzten Rennen durch die Stadt Ehrenportien mit schwarz-weiß-roten Wappen und schwarz-rot-goldenen Fahnen (wie sind halt immer noch im Übergang von der Monarchie zur Stinnesrepublik) errichtet, so erhalten wir, die Kommunisten, am 1. Mai Ehrenportien mit roten Fahnen seitens des Zentrumsmagistrats errichtet. Also freue dich, Prolet!

Unsere Deutschnationalen rühren sich nun ebenfalls. Herr Spahn, Berlin, deutschnationaler Sohn eines Zentrumsmannes, gab uns die „Ehre“ seines Besuches. Er erlebte halt auch keine große Freude, denn diese verdamnten Kommunisten singen auch dabei, trotz der schwarz-weiß-roten Fahnen, die Internationale.

Dafür ist den hiesigen Sozialdemokraten alles Wurst. Schwimmende Felle sind halt nicht mehr zurückzubolen und da drüßi man 5. 10. 15 bei seinen Genossen. Es ist auch besser so. Denn alle schönen Reden hätten bei der Arbeiterschaft kein Verständnis gefunden.

„Alle Mann auf Deck!“ das ist die Parole der KPD, in Oppeln. Sonntags wie Wochentags sind alle redegewandten Genossen unterwegs, um auch in die hintersten Zentrumsecken hineinzuleuchten. Müde und abgeplamt, lehren sie, oft erst spät nachts, nach Hause. Aber Freude und Zufriedenheit leuchtet aus ihren Augen. Antel Jadaß, unser Spitzenkandidat für die Reichstagswahlen, muß heraus aus dem Gefängnis, in das ihn der Kapitalismus gesperrt hat, um vorzuzeigen, daß er, einer unserer tüchtigsten Genossen, allzu viel Aufklärung schafft. Wir arbeiten für ihn.

Auf Wiedersehen, Antel, am 4. Mai!

Waldburg. Die Reformisten sind für Ruhe und Ordnung. Mehrere hundert Arbeiter sind zum ersten April auf die Straße geflogen. Die Bezirksleitung des Bergarbeiterverbandes fordert die entlassenen Kollegen auf — natürlich nur die gewerkschaftlich organisierten — im Verbandsbüro zu erscheinen. Die Bonzen planen, den „wegweg“ gegen die Grubengewaltigen einzuschlagen. Auf Deutsch heißt dieses: Die Helfershelfer der Bourgeoisie fordern die Grubenbesitzer auf, sich selbst zu verurteilen. Diesen Weg schlagen sie ein, weil der Weg des Streikes für sie den Verzicht auf die gewohnte Ruhe und Gemächlichkeit bedeutet. Ein echter Spießer weicht grundsätzlich jeder Aufregung aus.

— Vater Staat braucht Geld! Dieser Tage wurden circa 50 Genossen der KPD, des Unterbezirks Waldburg mit einem Strafmandat von 33.50 Mark oder 6 Tage Haft bestraft. Warum? Weil sie am 2. März 1924, anlässlich des Jubiläums der Kommunistischen Internationale, die Reichsdeutsche Grenze der Nischpörsdorf überschritten hatten, um in 10 Schritt Entfernung von der Grenze in einem Gasthaus mit den tschechischen Jugendgenossen den jährigen Jahrestag der Kommunistischen Internationale gemeinsam zu feiern. Es wurde von dem Grenzbeamten eine halbe Stunde Aufenthalt gewährt, den wir nicht überschritten hatten, weil unsere Zeit der Abfahrt des Zuges wegen beschränkt war. Aber der Staat braucht Geld, und

die armen Proleten können zahlen, woher, danach fragt niemand. Wären es Holzknechtler oder Stahlhelmler gewesen, dann hätte es nicht geschadet. Aber trotz alledem werden wir wieder mit den tschechischen Genossen zusammenstreffen, und mit ihnen gemeinsam kämpfen gegen die internationalen Ausbeuter, uns hindern die Grenzpolizei die Grenzbeamten und auch die 33.50 Mark nicht. Und erneut erobert unser Ruf: Proletariat aller Länder, vereinigt euch!

Die Kommunistische Jugend beider Länder rüstet zum neuen Grenztreffen an Wlignitz in den Schnurgruben im Riesengebirge. Alle Jugendgenossen, die Strafmandate erhalten haben, und dies der Unterbezirksleitung noch nicht gemeldet haben, möchten dieses sofort tun. Dem Vater Staat rufen wir zu, die Tore der Gefängnisse zu öffnen, damit die junge Schar revolutionärer Kämpfer mit dem roten Banner einziehen kann und dem Vater Staat seine Schulden bleibe.

Wie man die Erwerbslosenrate befestigt! Wie überall, so wählen auch die Waldburger aus ihrer Mitte einen Erwerbslosenrat. Da die Mitglieder desselben es verstanden hatten während ihrer kurzen Tätigkeit bedeutende Verbesserungen für die Erwerbslosen herauszuschlagen, waren sie den Behörden ein Dorn im Auge.

In einer Kreisversammlung der Erwerbslosenräte wurde ein Kreisrat gebildet, welcher die Aufgabe hatte, an erster Stelle mit den Behörden des Kreises in Fühlung zu treten, um im Kreismaßstab irgend welche Vorteile für die Erwerbslosen zu erringen.

Die Kollegen Sellig, Schwarzer, Schuhmacher wendeten sich deshalb an erster Stelle an den Landrat, sowie an den Direktor des Kreisarbeitsnachweises. Um die lästigen Arbeitslosen loszuwerden, hätten diese Herren nichts Eiligeres zu tun, als die Mitglieder des Kreisratsschusses der Erwerbslosenrat sofort zu befeitigen. Laut Verfügung des Kreisarbeitsnachweises vom 26. März wurden diese Kollegen bei der Erwerbslosenfürsorge entlassen und der Firma Köhler überwiesen. Ein weiteres Mitglied des Erwerbslosenrates erlitt daselbst ein Schicksal. Da es eine große Anzahl Erwerbsloser gibt, die bei der Erwerbslosenfürsorge schon längst ausgesteuert sind, so steht hier klar und deutlich fest, daß die Überweisung der vier Kollegen an den Unternehmer nur eine Maßregelung der bezirksleitend ist. Eine sofort einberufene Erwerbslosenversammlung, die sich mit diesen Maßnahmen beschäftigte, erkannte auch sofort, wohin die Reise gehen sollte, und nahm einstimmig folgende Entschliessung an:

Die am 26. März 1924 versammelten Notstandsarbeiter nehmen Stellung gegen die willkürliche Entlassung der Erwerbslosenrat Sellig, Klose und Schuhmacher. Sie sehen darin eine Herausforderung der Erwerbslosen, sowie Maßregelung der Betreffenden vonseiten der Behörden, weil dieselben kein Mittel unversucht lassen um die elende Lage der Erwerbslosen zu verbessern. Wir verlangen das die Beschaffung von Arbeit der Reihenfolge nach geschieht. Zu gleicher Zeit protestieren wir aus schärfste gegen diese Machinationen, und werden uns nicht abreden lassen, sondern noch schärfer unsere Forderungen vertreten.

Die Waldburger Bauarbeiter für den 8. Stundentag und für Arbeitsruhe am 1. Mai. Eine Versammlung der Bauarbeiter Waldburg beschäftigte sich am 1. April an erster Stelle mit der Arbeitszeit und den Arbeitslöhnen im Baugewerbe. Über diesen Punkt referierte Koll. Bartisch, und wies auf die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung des 8-Stundentages hin. Dazu bedürfte es vor allen Dingen einer geschlossenen Organisation. In der Diskussion wies Koll. Sellig nochmals daraufhin, wie es überhaupt gekommen und was Schuld daran sei, daß die Arbeiterschaft heute gezwungen ist, um den 8-Stundentag zu kämpfen. Er führte weiter die Kämpfe im Reich an, die um den 8-Stundentag geführt werden. Es ist unbedingt notwendig, die Geschlossenheit der Organisation zu wahren. Wer sind es nicht die Soldaten und Porepiloten, die mit allen Mitteln daran gehen, die Organisation durch Ausschluß der Opposition spalten. Nach dem Verlauf der Diskussion wurde beschlossen, mit aller Energie am 8-Stundentag teilzunehmen und jede Arbeitszeiterweiterung zu belämpfen. Weiter wurde beschlossen, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu begehen. Auf Grund der elenden wirtschaftlichen Verhältnisse der Bauarbeiter wurde unbedingt eine sofortige Lohnerhöhung gefordert. Unter anderem fand folgende Entschliessung einstimmig Annahme:

Die am 1. April 1924 in der Stadtbrauerei Waldburg tagende Bauarbeiterversammlung spricht den kämpfenden Arbeitsskollegen der Chemischen Industrie Mitteldeutschlands sowie den kämpfenden Bergarbeitern Oeschelsteins die vollste Sympathie aus und gelobt, diese Kollegen mit allen Mitteln zu unterstützen.

Landesjuit. Stahlhelmlinglinge unter polizeilichem Schutz. Die hiesige „Heldenorganisation“, der „Stahlhelm“, scheint firm in Rom mit der hiesigen Polizei zu stehen. Bei einer Ver-

tigung durch zwei Beamte haben diese nicht etwa, wie dies bei Rommunisten der Fall gewesen wäre, die Spielerei kurzweilig verboten, sondern sich daran „ergröt“. Man kann sich des Eindruckes nicht erwehren, daß die Stahlhelmenorganisation sich eines besonderen Schutzes der Polizei erfreut. Nun, wir gönnen's Ihnen!

Ronradsthal. Vertammlung der SPD. Hier fand am Montag, 31. März, im Gasthaus „Goldener Frieden“ eine öffentliche Wählerverammlung der SPD statt. Das Referat hielt Redakteur Wenzel. Selbiger schilderte die Haltung der SPD seit 1918, wo die SPD, gezwungen durch den militärischen Zusammenbruch, notgedrungen und zum Teil gegen ihren Willen, die Regierungsgeschäfte übernahm. Wendenmuth konnte es sich nicht verhehlen, die Antikaballe, also die Kommunisten, verschiedene Male anzugreifen und deren Politik zu verwerfen. Nach den im allgemeinen tschechischen Ausführungen des Referenten wurde in die Diskussion eingetreten. Es beteiligten sich daran vier Genossen der SPD, welche das schändliche Verhalten der SPD seit 1914 aufs schärfste brandmarkten. Besonders war es Genosse Klein, welcher in längeren Ausführungen den Versammelten die Wege und Ziele der SPD vor Augen führte. Der gute Beifall zeigte, daß mancher Wandelmütige den Ideen des Kommunismus einen Schritt näher gerückt ist. Auch der SPD-Sekretär und Kommunistenforscher Leiperz nahm das Wort. Nachdem die Diskussion erschöpft war, nahm Wendenmuth das Schlusswort. Während er im großen und ganzen den Ausführungen des Genossen Klein zustimmte und Fehler seiner eigenen Partei zugab, ging er auf die Ausführungen der anderen Genossen wohlweislich nicht ein. Einen Erfolg haben wir insofern zu verzeichnen, daß die Sympathie für unsere Idee zunimmt.

Dittersbach. Achtung, Wähler! Die Wählerlisten zum kommenden Gemeinde- und Reichstagswahl liegen auf dem Gemeindeamt aus. Nehmt Einsicht darin, auf daß bei den kommenden Wahlen uns keine einzige Stimme verloren geht!

Oppeln. Das Parteibüro der KPD befindet sich von heute ab Sternstraße 4 bei Junzgart. Die Genossen von Stadt und Land haben alle Parteiangelegenheiten, Referentenstellung, Mahlangegenheiten, Bestellungen für die „Schleifische Arbeiter-Zeitung“ sowie Beschwerden über schlechte Zustellung daselbst vorzubringen. Der Laden ist den ganzen Tag offen. Der Vorstand.

Der Wahnsinn des 9- und 10-Stundentages. Haben die Arbeiter schon unter dem 8-Stundentag sich infolge der schlechten Ernährung kaum nach den Betrieben schleppen können und sich infolge der niedrigen Krankenunterstützung nicht gewagt, krank zu melden, so müssen heute, bei dem teilweise eingeführten 9- und 10-Stundentag, die Krankenkassen und auch vernünftige Betriebsleiter zugeben, daß die Verlängerung der Arbeitszeit dazu beigetragen hat, daß trotz niedrigem Krankengeld jetzt die Betriebe außerordentlich hohe Krankenziffern aufweisen. 10 bis 15% Kranke weisen eine Anzahl von Betrieben auf, Zahlen, die früher nie erreicht wurden. Der ausgemergelte Körper kann nicht mehr und der Arbeiter muß, ob er will oder nicht, sich krank melden, wenn er nicht an der Arbeitsstelle zusammenbrechen will, wie es vielfach in letzter Zeit geschehen ist. Verfluchte Stinnesrepublik, wie weit hast du uns Arbeiter gebracht! Arbeiter, wehret diesen Wahnsinn ab!

Hindenburg. Sie verhöhnen die eigenen Mitglieder. Im Hindenburg sozialdemokratischen Blättchen ist folgender Vers zu lesen:
Auf dem Rücken breiter Massen
Zummelt sich das Kapital —
Die es sich gefallen lassen,
Sind Millionen an der Zahl.

Ueber den Sinn dieser Zeilen kann man verschiedener Meinung sein. Ob damit die angebliche Million in der SPD, organisierten Arbeiter gemeint ist?

Rybnik. Der Prolet braucht keine Wohnung. Trotz der zum Wahren günstigen Jahreszeit und trotz der „stabilisierten“ Währung denkt weder der Magistrat noch die Stadtverordneten an den Bau von Wohnungen. In den Sitzungen besaßen sich diese Herrschaften hauptsächlich mit nur für sie persönlich wichtigen Angelegenheiten. Dieses Gebahren läßt die Vermutung aufkommen, als sei den Stadtvätern von einer Wohnungsnot überhaupt nichts bekannt.

Landesjuit. Aus dem Wählkampf. Auch die hiesige Ortsgruppe des Wahlvereins eröffnete am vergangenen Dienstag den Kampf zu den Reichstagswahlen. Die Versammlung lauschte launend dem Bericht über die „Saiten“ der sozialdemokratischen Partei, die darin bestanden, daß selbige einige Anträge im Parlament eingebracht hatte, die leider, leider aber von den bürgerlichen Parteien abgelehnt worden sind. Im übrigen versuchte der Referent, Landtagsabgeordneter Buchholz, in „gut gewählten Worten“ die Politik seiner Partei zu

DIE REBELLEN

20 Von P. E. Dybenko. In Buchform erschienen im Verlage für Literatur und Politik, Wien.)

Nachdem dieser Aufruf von der ganzen Versammlung mit einmütigen Beifall angenommen wurde, richtete die Konferenz einen zweiten Aufruf an die russischen Seelute, in dem diese aufgefordert wurden, die Einsahrt nach Petersburg bis aufs äußerste zu verteidigen; gleichzeitig wurden Vertreter der Konferenz für alle Schiffe und Geschwader gewählt, um die strikte Durchführung der Befehle zu kontrollieren. Dann wurde ein beschäftigter sich ferner mit dem Plan der Machtergreifung in der Provinz für ein Flottenregiment ausgearbeitet. Die Konferenz ganzes Flotte und mit der Art ihrer Durchführung. Dieser Plan gefiel den Führern der linken Sozialrevolutionäre nicht. Sie spielten jetzt die Rolle der Menschewisten. Die Sozialrevolutionäre, die bisher so viel über die Notwendigkeit der Beilegung der Koalitionsregierung geredet hatten, schreckten jetzt vor ihren eigenen Aufrufen zurück. Sie fürchteten sich vor der Verantwortung für den entscheidenden blutigen Kampf, das Opfer eines Bürgerkrieges schredte sie. Jetzt bemühten sie sich, die Widersprüche zu dämpfen und die Bestrebungen der Seelute zu brechen.

Am dies zu erreichen schickten sie Maria Spiridonowa zur Konferenz. Ihr Erscheinen wird mit stürmischer Ovation begrüßt. Sie geht langsam zum Präsidium und bittet um das Wort. Da welcher Frage wollen Sie sprechen, Genossin Spiridonowa?

Ueber laufende Angelegenheiten. Zunächstlich finden hier Debatten mit den Vertretern der Zentralkomitee statt, es handelt sich um ihre allgemeine Stellungnahme und den Plan ihrer Arbeit. Die Konferenz erteilt ihnen eine Rüge und ein Mißtrauensvotum. Wir wollen über die Resolution abstimmen und unsere Vertreter in die Zentralkomitee neu wählen. Uebrigens ist die Resolution über die laufenden Fragen schon angenommen.
Aber ich bitte, mir das Wort gleich zu erteilen!
Den Sitzungssaal betreten die Genossen Prokhan, Schilko und noch einige andere Führer der linken Sozialrevolutionäre. Es werden Rufe laut: „Maria Spiridonowa soll sprechen!“ Das Wort wird ihr nach Schluß der Debatten und nach Annahme der Resolution erteilt.
Die Konferenz ist damit einverstanden. Die Debatten werden fortgesetzt. Man sieht heute gar zu viele Sozialrevolutionäre. Ein Wort wird ausgesprochen, der uns Verstärkung herbeiführt. Wir bitten Antonow-Driesseffo zur Konferenz zu kommen.

Die Vertreter für die Zentralkomitee sind neu gewählt. Jetzt wird Maria Spiridonowa das Wort für die Begrüßungsansprache erteilt. Sie sucht die Anwesenden zu überreden, den Aufruf nicht übers Rnie zu brechen und Kompromißwege einzuschlagen. Sie fordert die Konferenz auf, eine geschlossene demokratische Front zu bewahren.

Rufe von den Tribünen: „Das wird nicht geschehen!“
„Genossin Zemaiflow! Sie sind doch ein Sozialrevolutionär und lassen Ihre Parteigenossen nicht ansprechen!“
Zemaiflow reißt sich auf und ruft wieder: „Unsere Führer haben den Kontakt mit den Massen verloren und wissen nicht, was die Flotte will.“

Der ganze Saal ruft: „Das stimmt!“
Maria Spiridonowa wird unruhig, aber sie fährt trotzdem fort, die Vertreter der Flotte zu überreden, die Resolution der Sozialrevolutionäre anzunehmen.

Schelskafow: „Dann bitte auch die über die Resolution der Anarchisten abzustimmen!“
„Genossin Schelskafow! Wir werden Sie an die Spitze des Kampfes stellen. Sind Sie zufrieden?“
Lachen von den Tribünen. Schelskafow selbst lacht als erster.

Die Resolution der linken Sozialrevolutionäre wird abgelehnt, nachdem Genossin Antonow-Driesseffo gestrichen hat. Die Führer der linken Sozialrevolutionäre verlassen mit geulachten Körper den Saal, sie haben die Hoffnung verloren, die Ordnung der Flotte zu retten. Der Zwischenfall mit den Sozialrevolutionären unterbricht die plannmäßige Arbeit nicht. Die Konferenz hat sich entschlossen, die Macht in ihre Hände zu nehmen. Sie wird zum Herrn der Flotte.

IV.
Wahrheitslich hat es in keinem Lande der Welt jemals so viel Konferenzen gegeben, wie in Rußland im Oktober. Jeder Tag brachte neue Konferenzen. Raum hatte man eine Sitzung verfallen, da befehlmt man schon einen Termin in die Hand gedrückt, in dem man aufgefordert wird, in einem Meeting zu sprechen. Alles ist vorbereitet, man wartet schon. Man bewegt nur herumgehen die Tribüne zu bestiegen und ein paar Worte schon fertig, es wird sofort abgestimmt.
So heute, es wird nicht einmal widerprochen. Die Resolution ist auch heute hatte ich einen solchen Zettel bekommen, ich mußte sofort zu einem Meeting nach Kolbins fahren, aber ich machte mich einen Versuch, die Sache von mir abzuwälzen.
„Wo denn diese Menschewisten sprechen? Sind sie stark?“
„Ich was? — Aweil! Es sind schon zwei Wochen her, daß sie nirgendwo zu sehen sind.“
„Für diesen Versuch, ihr Scheitern mit gar zu selbstbewußt. Bei uns in Rußland wäre es noch möglich, — dort haben e-

keine Regierung, aber hier bei euch läuft man jeden Augenblick Gefahr, wieder ins Gefängnis zu geraten.“

„Offen gestanden, Sie haben recht. Bei uns in Kolbins ist die Stimmung nicht gerade günstig und heute werden Zeretzelli und Dan sprechen. Wir müssen alles ausbieten, um ihnen rechtzeitig in die Quere zu kommen.“

„Ich überlege noch. Soll ich fahren oder nicht? Morgen ist die Konferenz des Nordgebietes zu Ende, ich muß machen, daß ich nach Hause, nach Hellingfors komme. Genossin Kamenowa kommt auf mich zu und sagt:

„Nun können Sie sich nicht entscheiden? Fürchten, daß das man Sie verhaften wird? Die „Aurora“ steht ja bereit, sie wird Sie sofort befreien. Es wäre aber nicht gut, wenn Sie allzulehr auf die Notwendigkeit eines sofortigen bewaffneten Aufstandes beständen.“

„Ich fahre nach Kolbins.“
Vor dem Ausgang des Smolni begegne ich dem Genossen Rasfelnikow:

„Nanu? Hat man dich auch freigelassen? Ich gratuliere. Das ist ja ausgezeichnet. Arbeit ist für alle genug da. Das ist eine närrische Regierung! Sie heult sich sehr mit der Freilassung ihrer Feinde, sie weiß, daß wir die Leute brauchen.“

„Und wohin fährst du?“
„Ich habe keine Zeit zum Erzählen, ich fahre nach Kolbins, will mich dort mit den Petersburger Menschewisten rufen. Und dann fahre ich sofort nach Hellingfors.“

Unterwegs, im Auto, frage ich meine Begleiter über die Verhältnisse in Kolbins aus, über Arbeitslohn, über die allgemeinen Lebensbedingungen der Arbeiter. Die Entfernung ist zu kurz, ich habe kaum Zeit, mir die Rede zurechtzuliegen. Na ja, es wird schon gehen. Das Thema ist ja immer dasselbe, wieder mit der provisorischen Regierung, die ganze Regierungsgewalt in die Hände der Sowjets.

Das Auto hält. Wir betreten einen riesigen, hellerleuchteten Raum, der mit Arbeitern dicht gefüllt ist. Von der Tribüne kling mir die schon beher gewordenen Stimme Zeretzelli entgegen. Ein Gedanke blüht durch den Kopf: Es wird schwer sein, noch einem so berühmten Redner zu sprechen. Aber wir machen es auf unsere Weise, auf Matrosenart. So mußte ich zum Beispiel einmal in Hellingfors sprechen, nachdem der berühmte Anarchist eine zweistündige Rede gehalten hatte. Er hatte die Matrosen so mitgerissen, daß sie nahe daran waren, Hurra zu schreien. Da stellte ich ihm eine einfache Frage:

„Sie sind ein Sozialrevolutionär, also ein Vertreter der Bauernpartei. Sagen Sie mir bitte, an welcher Seite des Pfuges wird das Flugzeug angeschraubt?“
(Gottlobung folgt!)

